

# Abg. Stresemann über die politische Lage.

Wie wir schon im Morgenblatt geschildert, bedeutete die gestrige Versammlung des Nationalliberalen Vereins in den Kaiserpalast einen vollen Erfolg. Es durchwehte die jährliche Versammlung eine frische, fröhliche Stimmung, ein neuer Beweis für die Tatsache, daß im Bürgertum endlich wieder das politische Interesse lebendig wird. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Stresemann war, wie schon gesagt, eine Glanzleistung; sie befestigte die Überzeugung, daß diesmal die Gegensätze zwischen Konservatismus und Liberalismus einerseits und Sozialismus andererseits so offen und so tief klaffen, daß es niemanden gelingen wird, die Klüfte so bald zu verbeden und einen falschen Frieden herzustellen. Die nächsten Wahlen müssen und werden die Auseinandersetzung bringen.

Reichstagsabgeordneter Stresemann führte etwa folgendes aus:

In einer politisch bewegten Zeit hat Sie der national-liberale Verein heute eingeladen. Ihr Vorsitzender wies bereits darauf hin, daß wir in Jahresfrist und noch früher vor allgemeinem Wahlen in Deutschland stehen werden. Es herrscht diesmal eine ganz andere und viel regere Anteilnahme an den Wahlen, als wir sie früher je beobachtet haben. Man kann wohl sagen, daß der deutsche Mittelstand bisher für sein Vorkort hielt, sich erst sechs Wochen vor dem Termin mit den Wahlen zu beschäftigen und dann auch nur allmählich aus seiner Passivität aufzuwecken. Diesmal leben wir bereits den Aufmarsch der politischen Parteien; Abkommen über ganze Provinzen sind bereits getroffen worden. Die Zentralvereine sind bereits in fieberhafter Tätigkeit, während der Reichstag schon vollständig unter dem Eindruck des Kommenden steht. Die Etatsberatungen waren bisher lediglich eine Ausrede über den Hauptakt des Deutschen Reiches. Aber die Berichte, auch des kaiserlichen heutigen Tages, der bei einer namentlichen Abstimmung zum Zusammenstoß zwischen Rechten und Zentrum einerseits, der Linken andererseits führte, zeigen, wie weit die Dinge gediehen sind. Bezeichnend ist auch das außerordentliche Interesse, das den Nachwuchs entgegengebracht wird. Im Stichwahlkampf von Sabau-Böhm ist bei einer einzigen Berliner Redaktion 800 telegraphische Anfragen über das Resultat eingelaufen. Man empfand, daß diese Wahl ein Stimmungsbarometer ist.

Woher nun die Nervosität und die Erregung, während früher eine politische Stichwahl bis kurz vor den Wahlen herrschte? Vielleicht läßt sie sich mit der Zulipung der Dinge erklären, die wir seit dem Scheitern der Blockpolitik in Deutschland erlebt haben. Unter Führer Bassermann hat auf dem Kaiserliche Parteitage davon gesprochen, daß er nun in einer

Wiederanbahnung an die Gedanken des Fürsten Bülow eine Geländung der politischen Verhältnisse erblickt. Man hat uns deswegen einen Aufstoß geföhnt, wie man ja die ganze nationalliberale Partei gern eine Kapitulationspartei nennt, da sie die Blockpolitik mitgemacht hat und sich als ihren Kern betrachtet hat. Man kann diesen Vorwurf für berechtigt halten und sich wundern, daß die Partei trotzdem an diesem Gedanken festhält. Gegenüber diesen Vorwürfen, die aus linksliberalen Lager herüberdringen, muß man einmal das Wesen der Blockpolitik betrachten. Wenn man sieht, was die Zentrumsbildner (besonders Herr Erberger), die sich wieder der Reglerungsamt erfreuen und ausdauern sind, wenn man das sieht, hört man vom Fürsten Bülow als einem Bonaquapierler reden, einem Mann, der in dem Augenblicke, wo die Kritik lebhaft einsetzte, den Eingebungen dieses Augenblicks folgte und als geistlicher Kanzler die geistliche Hand ansetzte, um sie wieder hinzunehmen, als er ihrer überdrüssig war. Man will abstreiten, daß er aus sittlichem Verantwortlichkeitsgefühl diese Politik geführt habe.

Wir können nicht in der Seele Bülows lesen. Wenn wir aber uns liberale fragen, was die Blockpolitik in unseren Augen gemein ist, dann geben wir die Antwort, daß zum ersten Male der Versuch gemacht worden ist, alles, was an geistigen und politischen Kräften im Bürgertum schlummert, außerhalb des Ultramontanismus und Sozialismus, zusammenzufassen zu einer Einheit und mit dieser beide unbedingte Bewegungen einzudämmen. Es wird eine Zeit kommen, wo das deutsche Volk einseht, daß die Willensbewegungen durch wirtschaftliche Verhältnisse, durch Terrorismus und durch gelassenen Druck, bleiben werden, wenn ihnen nur zerpflückter Kampfbündel bürgerliche Armeekorps gegenüberstehen. Trotz der Kämpfe im Osten und im Westen wird eine kaiserliche konservativere Partei, losgelöst vom Demagogie des Bundes der Landwirte, erkennen, daß sie den besten Weg wieder einschlagen muß. Daher haben wir feinerzeit die Blockpolitik begehrt und an ihr mitgearbeitet. Was uns von den Staatskonservativen trennt, und was uns von den Linksliberalen trennt, ist nicht so bedeutend, sondern politisch wie wirtschaftlich und geistig, wie das, was uns von Zentrum und Sozialdemokratie scheidet.

Wenn wir auf die 2½ Jahre Blockpolitik zurückblicken, kann ich behaupten, daß zu keiner Zeit so viel politische und wirtschaftliche Ereignisse abgelaufen sind, wie in der Blockpolitik. Das Nötigste ist bis 1917 vorgelegt worden. Wohl wird unsere Richte nicht so stark wie die Engländer, aber sie wird abnehmend sein und uns den Frieden zu Wasser erhalten, wie das Meer es 40 Jahre lang zu Lande getan hat. Ein großer Erfolg war auch die wirtschaftliche Entwicklung in England, wo an die Ideen angeschlossen worden ist. In England als Kolonialmacht groß gemacht haben. Der Durbura ist ja viel bewundert und viel geachtet worden. Herr Erberger hat sogar ausgesprochen, daß durch Durbura 800 Millionen Mark dem deutschen Volk verloren gegangen sind und Herr Lattmann hat in dieselbe Reihe geschlagen. Wenn etwas für den neuen Staatssekretär spricht, dann ist es die vornehme Art, wie er für seinen Vorgänger eingetreten ist. Auf dem letzten Nationalkongress hat man leider nicht von Durbura gesprochen. Man erlebt es leider wieder in Deutschland, daß man nicht den Mut hat, sich zu einem Staatsmanne zu bekennen, den die allerhöchste Günst nicht mehr liebt. (Lobhafter Beifall.)

Es wird eine feststehende Tatsache bleiben, daß bisher noch kein Staatssekretär den kolonialen Gedanken so tief in das Herz des deutschen Volkes hineingepflanzt hat wie Durbura.

Früher erklärte man, daß die Kolonien nichts weiter wären wie ein Stück teurer Preispolitik. Durbura hat damit aufgeräumt, indem er vor die breiten Massen trat und ihnen auseinanderlegte, daß es sich nicht nur um ideale Werte handelt, sondern auch um den Aufbau von Kaufkraft und Baumasse. Der Reichstag hat einstimmig, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die Mittel für die Kolonien bewilligt. Die Kolonien sind nicht dazu da, regiert zu werden, sie sind für uns Heranzückerinnen wirtschaftlicher Güter, die uns in wirtschaftlichen Fragen vom Ausland unabhängig machen wollen. Das gilt von der Baumwolle so gut wie von Kupfer und Kauffutur. Wir müssen davon denken, daß wir, ein Volk von 65 Millionen nicht auf Bodenflächen sitzen. Der Sozialdemokrat wird es nicht gelingen, den Textilarbeitern klar zu machen, daß er kein Interesse daran hat, ob Deutschland vom Ausland abhängig ist oder nicht. In England ist das ganz anders. Da sammeln Arbeiter für die Kolonien, die deutschen Arbeiter gehen nur für die Proletariat aller Länder. Die englische Arbeiterchaft sieht mit ihrem geübten Menschenverstand ein, daß die industrielle Entwicklung von der Arbeiterentwicklung nicht zu trennen ist. Sie weiß, daß eine niedrige Industrie keine höheren Löhne bezahlet kann. Bei uns ist die Bewegung des Sozialismus unproduktiv, weil sie sich zu einem realpolitischen, nationalen Denken nicht durchringen kann.

Ich habe das gesagt, weil man Durburgs Abgang gegen die Richtung der Rechten ausspielen möchte. Erberger behauptet, Durbura habe unglückliche Verträge abgeschlossen. Herr v. Binckewitz stellt demgegenüber fest, daß das Reich 40 Proz. der Erträge der Diamanten erhält. Nach Erbergers Vorstellungen müßten das ist ausgeschert worden, 120 Proz. genommen, also noch zugeführt werden.

Es hat nicht ein Zeichen feindlicher Gesinnung? Vor 25 Jahren haben wir nichts verdient, worüber die Sozialdemokraten nicht genug höhnen konnten. Heute verdienen wir ihnen zu viel. Man weiß auf die einzelnen Kurssteigerungen hin, die die Aktien der Kupferminen erfahren haben. Es ist doch besser, sie stehen so hoch, als daß sie gar nicht gehandelt werden. Wer drüber das große Risiko übernimmt, muß auch verdienen dürfen, sonst geht überhaupt niemand hinüber. Durbura hat manches geleistet. Das man bereits in 3 Tagen um einem Ministerium eine Antwort herausgeben und in Deutschland noch nicht abgewendet. Unter seiner politischen Konstellation war es möglich, Erfolge der praktischen Arbeit zu erzielen.

Die Blockpolitik hat es doch ermöglicht, daß alle Kräfte der Nation in den Dienst des nationalen Gedankens gestellt wurden, im Gegensatz zu der Zeit der Windhorst, Gyllenberg und Richter. Heute hat der Preßinn Leßhaft für die Kolonien gekämpft. Ein freimüthiger Abgeordneter stellte parlamentarischen Marmor im Reichstage aus, um die Zweifel zu übergeben. Auch in der Notpolitik hat die Blockpolitik Wandel gebracht. Die Fortschrittspartei hat ihre alte Traditionen vor 40 Jahren wieder angenommen. Wenn die demokratische Partei jemals im Fortschritt Einfluß gewinnen sollte, dann sind diejenigen daran schuld, die den Block zertrümmert haben.

Bei den letzten Etatsberatungen ist über die Frage gestritten worden,

was an der jetzigen Verzerrung schuld sei? Der Kampf um die Finanzreform ist es gewesen, der den Block zertrümmert hat. Wir sehen heute die Dinge nüchtern und ruhiger an. Wenn man uns heute sagt, wir hätten damals falsch gehandelt, hätten bis zum letzten Augenblick auszuhalten müssen, dann möchte ich betonen, daß wir auch heute in der gleichen Lage den gleichen Weg wie vor 2 Jahren gehen würden. Es ist deplaziert, wenn der Reichstagsleiter sagt, daß der Betrag von 1/2 Milliarde aufgebracht werden müßte. Das hat niemand bestritten. Wir haben uns dagegen verhalten, als Popularkritikshahere die ganze Mittel auf dem Wege der direkten Steuern aufzusuchen. Wenn erst einmal in den Reichstagen Bürgerkunde geföhrt wird, dann gelint es der Sozialdemokratie nicht mehr, dem Volke ihre Wünsche vorzumachen. In den Bundesstaaten werden direkte Steuern in beträchtlicher Höhe erhoben. Die großen Einkommen bezahlen 5 Proz. Abgaben, in der Industriebetrieben zum Teil 200-300 Proz. Kommunalabgaben, dazu noch Kirchensteuern und Vermögenssteuern. Viele Menschen geben heute 15-22 Proz. von ihrem Einkommen dem Staat.

Dafür habe ich einen Kronen. Es auf einem internationalen Sozialistenkongress wurde ipotote, die deutschen Sozialisten ständen unter der Polizeihand und Steuerdruck, da wurde es einem Deutschen zu viel. Er erklärte, die Republik Frankreich solle erst mal eine so verhältnismäßig soziale Besteuerung einführen wie das Königreich Preußen. Man solle sich in Frankreich bemühen, die deutsche soziale Gesetzgebung nachzuahmen. Und als man nun höflich „Viva l'empereur“ rief, da sagte er mit erhobener Stimme, daß in Deutschland noch nie das Militär auf freilebende Arbeiter geschossen habe wie in Frankreich unter Mitterand. Der Deutsche war August Bebel.

Man wollte 100 Millionen dem Vermögen, 400 aber den armen Leuten auferlegen, wird von sozialdemokratischer Seite behauptet. Kaufen denn nur Arbeiter, trinken nur Arbeiter? Im Anfang ab es im Block über diesen Punkt keine Differenz. v. Normann, Pappe und Ballermann waren in einer Vorberedung einig. Erst als die konservativere Partei unter die Fuchtel des Bundes der Landwirte geriet, schwankte sie ab. In der konservativen Partei hat man bestia gekämpft, die Agrarier aber haben gewonnen. Bielefeld vor der Gedanke usschlaggebend, daß man nicht jahrelang mit den Liberalen zusammenarbeiten konnte, ohne ihnen die Geld-

berichtigung zuzugestehen. Bei der Erbschaftsteuer war doch wahrlich genug Rücksicht auf die Landwirte genommen worden. Darum konnte es sich also nicht handeln. Man fürchte einfach, daß es unter der Blockpolitik auch liberale Landwirte hätte geben müssen.

Wir haben heute große Aufgaben auf dem Weltmar.

Die Diplomaten sind nur mehr in erster Linie nur Vertreter ihrer Souveräne. Heute kämpft man an den Brennpunkten des wirtschaftlichen Lebens dort draußen im Ausland, in Kleinasien, China usw. um Eisenbahnkonzessionen, um Schienenlieferungen und ähnliches. Die Handelsverträge sind die wichtigsten diplomatischen Akte. Ein Volk, das jährlich fast eine Milliarde Zuwachs hat, kämpft einen schweren Kampf, wenn es nicht gelingt, seinen Milliardeneinkauf aufrecht zu erhalten. Ungelöst dieser Fragestellung der Verhältnisse können wir nicht auf die Dauer die Diplomaten nur aus jenen engen Kreisen des Hochadels nehmen, die von solchen wirtschaftlichen Dingen das Wenigste verstehen. In sich liegt die Lichtigkeit der Angehörigen des Hochadels nicht bezweifelt werden, aber es gibt Dinge, die durch kein Examen erworben werden können, die aus der Kinderstube in den Menschen hineinkommen. Es ist ein unheilbarer Zustand, daß heututage sämtliche Diplomaten aus den Reihen der Großgrundbesitzer kommen. Diplomaten, die herufen sind, die vitalen Interessen unserer Kaufmannschaft, unserer Industrie wahrzunehmen. Es war den Herren v. Henneberg und v. Oberweg ein einigliches Gefühl, daß die Blockpolitik diese Vorkerkheit einzu-dämmen und dem Handel und der Industrie die Gleichberechtigung in der Verwaltung zu schaffen drohte, daß die Blockpolitik ein Recht zu schmälern begann, das traditionell geworden. Wir müssen uns jedoch darüber klar sein: Wie kann man den Radikalismus überwinden durch konservative Politik; man kann ihn nur durch Konzeptionen lahmlegen in einem Lande wie Deutschland, das ein Land des Handels und der Industrie geworden, ein Land der Großstädte. Das Deutschland des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr das Deutschland des 18. Jahrhunderts. Man kann den Wandel der Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht negieren; man kann nicht das preußische Preußen aus auf die Dauer bestehen lassen in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung. Der Staat muß sich nicht ändern, der nicht alle Kräfte im Volk zur Geltung zu bringen mit heranzieht. Das waren Bülow's große Gedanken, sie wurden auch im letzten Grunde zur Ursache seines Sturzes.

Bei der Erbschaftsteuer ist nicht jährlich gekämpft worden, denn dann hätte das Zentrum sie annehmen müssen. Die Abgeordneten Heim und Gröber hatten sich mit allem Nachdruck in Versammlungen draußen im Lande dafür eingesetzt. Aber das Zentrum änderte schleichend seine Haltung, als es sah, daß es damit Bülow zu Fall bringen, Raabe an dem verhassten Reichstagsleiter nehmen konnte. Bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer waren 105 von 106 Abgeordneten zur Stelle, um sie niederzujammern, desbetwegen Zentrums, das die Steuer solange und so laut gefordert hatte. Ein polnischer Abgeordneter hat es offen ausgesprochen, daß der Kampf gar nicht um die Erbschaftsteuer ging, sondern daß es hier: Vergeltung über gegen Bülow, gegen den Kanzler, der noch einmal in großer Zeit den Kampf gegen den Ultramontanismus gewagt hatte. Das Zentrum in ist keine politische Partei, es ist ein Feuertann-Roms, eine Truppe des Ultramontanismus. Wenn der Kopf das Andenken der Reformator und der deutschen Freiheit, die ihnen den Weg gebannt, schmäh und beschuld, dann stellt sich dieses Zentrum hin und läßt durch seine Abgeordneten sagen, daß es sich um eine Sache handelt, die den Reichstag nichts angeht, dann befreit diese Partei das Recht zu trüglicher Abwehr. Theoretisch kann im Zentrum auch ein protestantischer Abgeordneter seinen Platz haben, aber in der Praxis liegt es anders aus. Wäre das Zentrum eine politische Partei, es hätte nimmer die Finanzreform mitmachen können. Andere Gesichtspunkte waren lebend. Die Zentrumslösche lotzte die Konservativen: Trennt euch von den Liberalen. Gewiß, es mag im Konservatismus einen harten Kampf gegeben haben zwischen Idealismus und Materialismus, aber der Materialismus hat, wie auch oft im Leben des einzelnen, in der konservativen Partei geföhrt. Als das Zentrum den Konservativen die unnerfährte Brennweinliebesgabe brachte, da begann schon leise das Ererblichwerden des Bloks zu schwingen und zu tönen. Mathiaum Erberger, der trotz allem der eigentliche Führer des Zentrums ist, hat jetzt einen Typus auf die indirekten Steuern gefunden, die uns die Finanzreform gebracht hat und dabei hat derselbe Erberger 1006 eine Broschüre geschrieben voll flammenden Protestes gegen jene indirekten Steuern.

Die neue Konstellation hat bei den Nachwahlen der Sozialdemokratie einen gewaltigen Stimmzuwachs gebracht. Daraus folgern die Konservativen, daß gegen

die rote Front Maßnahmen ergiffen werden müßten. Wir Nationalliberalen bleiben anders zu diesen Dingen. Der Sozialismus ist herorgegangen aus geistigen und wirtschaftlichen Wurzeln. Der geniale Weidlich Lassalles erkannte feinerzeit, daß die Umgestaltung der Verhältnisse in Deutschland die Zahl der abhängigen Existenzen ungeheuer vermehren würde, daß es für Millionen keine Möglichkeit geben würde zur Selbständigkeit, sondern daß das Lohnverhältnis dauernd ihr Schicksal sein werde. Die Arbeiter indeten ihn damals aus, weil sie nicht glaubten, die Freiheit werde jemals diese gewaltige Stellung erlangen. Im inneren Wesensfense derweil Lassalles Offizier auf nationaler Ebene: die deutsche Arbeiterbewegung sollte im engsten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung Deutschlands wachsen. Lassalles und Bismarcks Unterredung — wie wäre sie heute noch möglich, wie könnte heute ein deutscher Kanzler und ein deutscher Sozialdemokrat in gleicher Weise, auf gleicher Grundlage miteinander verhandeln! Die Bewegung entgingt alsdals Lassalles Händen; nach seinem frühen Tode fielen die Zügel denen zu, die statt der nationalen vor internationalen Ideen erfüllt waren. Es kam die Sozialdemokratie herauf, die dem Staat die Mittel zu seiner Existenz verlag; es setzte sich

